

KOOPERATION

Mit wem kooperiert Berlin – und für wen?

21. April 2023 | 10–13 Uhr | Abgeordnetenhaus, Raum 311 // digital

Moderation: Johanna Sonnenburg und Andreas Krüger



Protokoll: Lennart Siebert, Aljoscha Hofmann, Dariya Kryshen



KOOPERATION

Mit wem kooperiert Berlin – und für wen?

21. April 2023 | 10–13 Uhr | Abgeordnetenhaus, Raum 311 // digital

Moderation: Johanna Sonnenburg und Andreas Krüger

ABLAUF

10:00 Begrüßung, Einführung ins Thema

10:15 **Input: Kooperation in der Stadtentwicklung**

Laura Bruns, stadtstattstrand / Koop.Stadt

10:25 Offene Diskussion

u. a. mit Dirk Stettner (CDU), Mathias Schulz (SPD), Katalin Gennburg (Die Linke),
Katrín Schmidberger (Die Grünen), Andreas Barz (Bündnis junger Genossenschaften), Kristin
Lazarova (Urbane Praxis), Fabian Steinecke, Carola Rönneburg (Initiativenforum Stadtpolitik)

11:00 **Liegenschaftsfall Rathenau-Hallen**

Inputs von Steffka Ammon, (xtro / NWAGTK)

11:15 Moderierte Diskussion; u.a. mit:

Christine Ellen (Basecamp Student GmbH), Marco Brauchmann (CDU Treptow-Köpenick), Albrecht
Pyritz (Fachbereich Kultur und Museum in Treptow-Köpenick), Kathrin Simons (SenKult)

11:45 *Pause (15 min)*

12:00 **Errungenschaften und nächste Schritte**

Vorstellung Konzeptverfahren-Beirat
Beschluss zur Einsetzung des Beirats

12:15 Input: Politische Dimensionen von Mietenregister bis Liegenschaftskataster

Christoph Trautvetter (Netzwerk Steuergerechtigkeit)

12:25 Offene Diskussion

13:00 *Ende*



Forderungen

Forderungen – Kooperation in der Stadtentwicklung

- Laut Neuer Leipzig Charta braucht es für eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung außer Beteiligung auch eine Ko-Produktion mit der Zivilgesellschaft
- Daher: Kooperation muss als Weiterentwicklung klassischer „Bürgerbeteiligung“ gesehen werden
- Es braucht Pilotprojekte, um zu testen, was funktioniert
- Es braucht mehr Formate, wie Runder Tisch Liegenschaftspolitik, damit Kooperation gelingen kann
- Kooperations-Instrumente müssen finanziell (und bei Verwaltung auch organisatorisch, mit Wissen und personell) unterstützt werden
- Leitlinien Bürgerbeteiligung sollten erst umgesetzt werden, anstatt sie weiterzuentwickeln
- Es bedarf eines Instruments wie kooperative Baulandentwicklung für Gewerbeflächen

Forderungen – Rathenau Hallen

- Es braucht Förderprogramme für Atelieregemeinschaften
- Das Ateliersterben ist eine Debatte, die Gesamt-Berlin angeht und daher so geführt werden muss
- Für Gesamt-Berlin braucht es einen eigenen Runden Tisch zum Erhalt der Atelierlandschaft
- Es braucht eine Beteiligung vom Land Berlin an der Entwicklung eines Dialogprozesses
- Es braucht die Einrichtung einer Taskforce für bedrohte Räume, um in akuten Fällen direkt zu helfen
- Haltung: An der Grundstücksgrenze darf eine (Projekt)Entwicklung nicht enden
- Private Entwickler sollen sich durch die o.g. Regelung einer Kooperativen Baulandentwicklung für Gewerbeflächen an der Lösung des Problems beteiligen und beteiligt werden

Forderungen – Politische Dimensionen von Mietenregister bis Liegenschaftskataster

- Einrichtung einer Wohnungs-ID
- Einrichtung eines Mietenregisters
- Es braucht endlich eine Werkstatt zur Entwicklung eines „Liegenschaftskatasters“

Forderungen – Sonstiges

- Es braucht mindestens vier Runde Tische Liegenschaftspolitik pro Jahr
- Offene Punkte des vor zehn Jahren veröffentlichten Forderungskatalog des Runden Tisches Liegenschaftspolitik müssen gesichtet und abgearbeitet werden



Executive Summary

Der 35. Runde Tisch Liegenschaftspolitik fand am 21. April 2023 statt – in einer Zeit der Regierungsbildung nach der Wahlwiederholung in Berlin. Das Thema „Kooperation. Mit wem kooperiert Berlin – und für wen?“ sollte kritisch den aktuellen Koalitionsvertrag auf den Prüfstand stellen sowie Kooperation als Grundbaustein erfolgreicher Politik – vor allem zwischen (engagierter) Zivilgesellschaft und Politik und Verwaltung, aber auch zwischen Senat und Bezirk, sowie Verwaltung, Politik und Privaten betonen.

Kooperation

Im Impulsvortrag erörterte Laura Bruns aus Ihrer Praxis mit dem Koop-Preis, wie relevant die Einbindung von Zivilgesellschaft in Entscheidungsprozesse ist. Auch die Leipzig-Charta besagt, dass über Beteiligung hinaus Kooperation sowie Ko-Produktion relevante Anker für eine nachhaltige Stadtentwicklung sind.

Weitere Stimmen aus Wissenschaft und Forschung gaben den Hinweis, dass aktuell personelle, finanzielle sowie Wissenressourcen in der Verwaltung für eine erfolgreiche Kooperation mit der Zivilgesellschaft fehlen. Es wurde ermahnt, bestehende Errungenschaften wie Beteiligung in der neuen Koalition weiterzuführen.

Alle anwesenden Vertreter:innen politischer Parteien haben zugestimmt, dass sie Kooperation mit den zivilgesellschaftlichen Akteur:innen für relevant halten und in der kommenden Legislaturperiode umsetzen wollen.

Liegenschaftsfall Rathenauhallen – Sicherung von Ateliergemeinschaften und Gewerberäumen

Der Liegenschaftsfall *Rathenauhallen* ist stellvertretend für weitere Ateliergemeinschaften in Treptow-Köpenick und ganz Berlin, die von Verdrängung bedroht sind. Aktuell gibt es seitens Land Berlin kaum Werkzeuge, die den Erhalt von Ateliergemeinschaften sichern.

Das Netzwerk Ateliergemeinschaften Treptow-Köpenick setzt sich dafür ein, nachhaltige Prozesse in diese Richtung anzustoßen und strebt Austausch zwischen Entscheidungsträger:innen an, für eine bessere Kommunikation zwischen Betroffenen, Engagierten, Verwaltung, Politik und Privaten.

In der Diskussion zeichnet sich ab, dass eine bessere Sicherung von Gewerberäumen für eine Verbesserung der Situation vonnöten wäre, sowie offizielle Verpflichtung von privaten Entwickler:innen durch z.B. Festschreibung im Bebauungsplan bzw. durch Verträge („kooperative Baulandentwicklung für Gewerbe“).

Liegenschaftskataster – von Umsetzbarkeit und politischem Willen

Der Runde Tisch Liegenschaftspolitik hat vor 10 Jahren Forderungen zur Liegenschaftspolitik Berlins verfasst. Darunter findet sich ein öffentliches Liegenschaftskataster, das landeseigene Liegenschaften transparent macht – eine Forderung, die sich in ähnlicher Form im aktuellen Koalitionsvertrag („Flächenkataster“) wiederfindet. Christoph Trautvetter erklärt in seinem Input die verschiedenen Dimensionen unterschiedlicher Kataster, die derzeit im politischen Raum diskutiert und teilweise vermengt werden. Er betont, dass die Forderung mit politischem Willen sofort umgesetzt werden könnte, denn die hierfür notwendige technische Infrastruktur sowie Daten seien bereits vorhanden.



Formelles

Im formellen Teil des Runden Tisches wurde erfolgreich abgestimmt über die Aufnahme zweier neuer Mitglieder des Runden Tisches sowie die Einsetzung des *zivilgesellschaftlichen Beirats des Steuerungsausschusses (SteA) Konzeptverfahren* – kurz: Konzeptverfahren-Beirat.

Protokoll

0. Begrüßung



Johanna Sonnenburg und Andreas Krüger begrüßen die Teilnehmenden und stellen sich vor, sowie den Ablauf des 35. Runden Tisches Liegenschaftspolitik. Es ist der erste Runde Tisch seit 2020, der wieder in Präsenz im Abgeordnetenhaus stattfindet. Dafür wird sich im Namen des Veranstalters Stadt Neudenken e.V. beim Abgeordnetenhaus bedankt.

Ebenso verweist Andreas Krüger auf den vorliegenden Entwurf des Koalitionsvertrages. Dabei bedankt er sich für die Nennung des Runden Tisches Liegenschaftspolitik darin und dass er auch zukünftig politisch gestärkt werden soll. Indes wird auch darauf aufmerksam gemacht, dass eine Vielzahl anderer, wichtiger zivilgesellschaftliche Dialog- und Vernetzungsformate nicht mehr erwähnt werden.



1. Kooperation in der Stadtentwicklung



1.1 Input von Laura Bruns: „Jenseits von Bottom Up liegt die Koop.Stadt“

Mit der Überschrift „Koproduktion als Hebel“ eröffnet Laura Bruns ihren Vortrag und fügt diesem Titel sogleich eine wichtige Leitfrage für die Veranstaltung an: „Wie kann man zivilgesellschaftliches Engagement und Verwaltungshandeln gewinnbringend zusammenbringen und zukunftsfähige Planungsprozesse anstoßen?“

Die Gründe, warum diese Kooperation von großer Bedeutung ist, erkenne man, wenn man auf die zentralen Themen der Stadtentwicklung von heute blickt:

- Bezahlbares Wohnen
- Transformation der Innenstädte
- Gemischte Quartiere für Jung und Alt
- soziale und kulturelle Angebote
- Klimawandel
- Zukunft der Mobilität

Nur wenn alle Akteur:innen auf Augenhöhe zusammenarbeiten, ließen sich diese Probleme lösen.

Beteiligung ≠ Kooperation

Mit Blick auf eine Reihe von Beispielen, wie das Haus der Statistik (Berlin), den Gröninger Hof (Hamburg) oder den Freischwimmer (Krefeld) zeigt Bruns, wie die Zusammenarbeit aus Zivilgesellschaft und Verwaltung bereits erfolgreich umgesetzt wird. Was jene Akteur:innen eint, ist ihr aktives Tun, die



Demokratie vor Ort lebendig zu halten und sich dabei trotz alledem den Widrigkeiten der Kooperation auszusetzen. Sie verweist dabei sogleich auf die Leiter der Partizipation. Kooperation bediene die oberen drei Stufen der Leiter und bedeute sogleich auch Entscheidungsmacht der Teilnehmenden. Diese Form von Mitgestaltung findet in der [Neuen Leipzig Charta](#) Bedeutung, welche sich u.a. damit auseinandersetzt, wie die Resilienz von Städten gestärkt werden kann, um zukünftig soziale, wirtschaftliche und ökologische Herausforderungen der Zeit zu meistern. Als Quintessenz der Charta, welche von den zuständigen Minister:innen auf Europa- und Landesebene verfasst wurde, fasst sie zusammen, dass sich die Kraft von Städten erst dann entfalten kann, wenn eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklungspolitik auf Zusammenarbeit der Bürger:innen beruht. Damit zeigt sie auf, dass Beteiligung nicht gleichzusetzen ist mit Kooperation.

Kooperative Stadt

In Deutschland habe man zum Aufgreifen dieser Impulse der Leipzig Charta erstmals im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik den [Bundespreis Kooperative Stadt](#) ins Leben gerufen. Darin wurde versucht zu untersuchen, wo Kooperation in der Stadtentwicklung in Deutschland bereits angewandt wird und wie die politischen Entscheidungsträger:innen dieses Handeln via Ratsbeschlüssen oder Koalitionsverträgen legitimieren.

5 Aktionsfelder und welchen Spektren sie zugeordneten werden können:

- Offene Planung (Beteiligung ab Phase 0)
- Trägermodelle
- Neue Schnittstellen
- Gemeinsam entscheiden

Voraussetzungen für Kooperation

Für eine kooperative Stadt benötigt es eine:

1. Rechtliche Ebene
Dazu gehören u.a. verbindliche rechtliche Rahmenbedingungen, wie
 - Ermessensräume im Planungsrecht
 - Duldung von temporären Interventionen
 - Anwendung von Kooperationsvereinbarungen oder Sondernutzungssatzungen, die im Sinne von Bürger:innen ergänzt werden
2. Politische Ebene
Dazu gehören u.a. klare politische Willensbekundungen zur Legitimation von zivilgesellschaftlichem Stadtmachen, wie
 - klare Aufträge an die Verwaltung
 - Koalitionsverträge
 - Leitbildprozesse
 - Neue Dialogformate (wie etwa der Runde Tisch Liegenschaftspolitik)
3. Strukturelle Ebene
Maßgeblich für die o.g. zwei Punkte sind außerdem Ressourcen in den Punkten
 - a. Zeit
 - b. Geld und
 - c. Personal



Sie endet mit einem Plädoyer an die Entscheidungsträger:innen aus Politik und Verwaltung, dass es Pilotprojekte braucht, um Kooperationsmodelle zu testen.

2.2 Offene Diskussion zu Kooperation in der Stadtentwicklung



u. a. mit Dirk Stettner (CDU), Mathias Schulz (SPD), Katalin Gennburg (Die Linke), Katrin Schmidberger (Die Grünen), Andreas Barz (Bündnis junger Genossenschaften), Kristin Lazarova (Urbane Praxis), Fabian Steinecke (Initiativenforum Stadtpolitik)

Neue Leipzig Charta

Grundsätzlich wird von Dirk Stettner hervorgehoben, dass die Themen von der Neuen Leipzig Charta unstrittige Themen in der Verhandlung zum Koalitionsvertrag waren. Er weist darauf hin, dass Beteiligung häufig auch als Entschleunigung von Prozessen betrachtet wird – eine Meinung, welche er in den Koalitionsverhandlungen aber nicht gesehen habe. Mathias Schulz unterstreicht derweil, dass die Punkte aus der Neuen Leipzig Charta zukünftig als Orientierung für Kooperation dienen sollen.

Kooperation als Ressourcenfrage

Kristin Lazarova macht darauf aufmerksam, dass unkommerzielle, soziale und kulturelle Orte häufig mit vorangehender Kooperation verbunden sind. Diese wichtige, kooperative Herangehensweise bedarf jedoch auch entsprechender finanzieller Mittel, um die damit verbundenen Aufwände zu decken. Organisatorische Mittel würden meist selbst aufgestellt werden. Mathias Schulz und Julian Schwarze unterstreichen daraufhin ebenfalls, wie wichtig die Unterstützung durch finanzielle wie auch organisatorischer Ressourcen für die Instrumente der Kooperation in der Stadtentwicklung sind. Dabei wird seitens Julian Schwarze sogleich darauf aufmerksam gemacht, dass die sog. Anlaufstellen für kooperative Stadtentwicklung wichtig sind und bei der geplanten Budgetumverteilung der GroKo nicht gefährdet werden dürfen.

Dass der Bedarf nach Ressourcen allerdings nicht nur aufseiten der Zivilgesellschaft liegt, sondern auch bei der Verwaltung eine Notwendigkeit gibt, ergänzen sowohl Lisa Vollmer als Katrin Simons. Sie



argumentieren, dass die Verwaltung auf den Bedarf nach Kooperation nicht vorbereitet sei und blicken dabei auf Mitglieder der neuen Koalition. Es fehle an Personal, Know-How und Geld. Abschließend schlägt Sebastian Beck an diesem Punkt vor, dass zukünftig Ansprechpartner:innen in der Verwaltung engagiert werden, welche allein für kooperative Prozesse zuständig sind.



Vorhandenes nutzen

Bürgerbeteiligung ist nicht gleich Kooperation. Dennoch weisen sowohl Katalin Gennburg als auch Sebastian Beck darauf hin, dass die erst vor zwei Jahren verabschiedeten „[Leitlinien zur Bürgerbeteiligung](#)“ erst mal vollständig genutzt werden müssen, anstatt sie gleich weiterzuentwickeln. Ebenso weist Katalin Gennburg darauf hin, dass die Beschleunigung von Entscheidungsprozessen (ökologische, soziale und kulturelle, bspw. in puncto Denkmalschutz) Risiken bürgt.



Mitgliederabstimmung



Der Runde Tisch hat seit 2019 eine eigene Geschäftsordnung. Diese legitimiert die Mitglieder des Runden Tisches, konsensuell Beschlüsse zu fassen. Am 35. Runden Tisch Liegenschaftspolitik fand in diesem Zuge eine Abstimmung für die Aufnahme neuer Mitglieder statt. Gemäß der [Geschäftsordnung](#) müssen neue Mitglieder von einem Bürgen oder einer Bürgin der Koordinierungsstelle vorgeschlagen werden. Als Bürge oder Bürgin gilt ein bereits bestehendes Mitglied.

Bei der letzten Mitgliederversammlung, die am 17. Februar stattgefunden hat, wurden folgende neue Mitglieder von folgenden Bürgen vorgeschlagen:

- Susanne Jahn (Stadtplanerin und langjähriges Mitglied der AG Konzeptverfahren) durch Aljoscha Hofmann
- Florian Köhl (Architekt und langjähriges Mitglied der AG Konzeptverfahren) durch Andreas Krüger
- Martin Schwegmann (Atelierbeauftragter, langjähriges Mitglied der AG Konzeptverfahren und Vorstand des Vereins Stadt Neudenken) durch Bernhard Kotowski

Die Vorgeschlagenen wurden von in Präsenz oder im digitalen Raum anwesenden Mitglieder einstimmig gewählt. Dabei wurde das Quorum von 40 % der Mitglieder durch das Abstimmen von 14 Mitgliedern erreicht.

Für die neuen Mitglieder haben abgestimmt:

- Andreas Krüger
- Aljoscha Hofmann
- Bernhard Kotowski
- Christian Schöningh



- Julian Schwarze
- Katalin Gennburg
- Mathias Schulz
- Dirk Stettner
- Daniela Brahm (Stimme übertragen an Dariya Kryshen wegen Abwesenheit)
- Jochen Biedermann
- Club Commission
- Fabian Schmitz-Grethlein
- Matthew Griffin
- Enrico Schönberg

2. Liegenschaftsfall Rathenau Hallen



2.1 Input von Stefka Ammon

Stefka Ammon spricht im Namen des [Netzwerks Ateliergemeinschaften Treptow Köpenick \(NWAGTK\)](#), ein Zusammenschluss aus ca. 500 Künstlern in Treptow-Köpenick. Sie schildert, dass davon aktuell fast die Hälfte von einer Kündigung bedroht sind und erklärt, dass dies sogleich einer der Gründe für ihren Zusammenschluss 2021 war. In ihrer Darstellung der Situation macht sie gleich am Anfang darauf aufmerksam, dass man in der Vergangenheit selten über „Ateliergemeinschaften“, sondern eher über Künstler:innen und Ateliers gesprochen habe. Eine Lücke, die sich auch in der Förderlandschaft des Land Berlins bemerkbar mache. Sie fordert daher zukünftig mehr akute Hilfe für diese Form der selbstverwalteten Zusammenschlüsse von Künstler:innen und betont dabei, dass man langfristig die Stadt in Gänze betrachten müsse – bspw. beim Aufsetzen von B-Plan-Verfahren.



Um ihre Situation zu verbessern, so Ammon, habe das [Netzwerk Atelieregemeinschaften Treptow-Köpenick](#) seither mit viel Engagement einen Prozess aufgesetzt. In Workshops, wo u.a. regelmäßig die entscheidenden Stellen im Bezirk teilgenommen haben und in Gesprächen mit der Senatsverwaltung für Kultur und Europa habe man zunächst auf die kritische Situation von Atelieregemeinschaften aufmerksam machen können und an ersten Lösungsansätzen gearbeitet. Einer der Ergebnisse war, dass man mit Blick in die Zukunft einen eigenen Runden Tisch für bedrohte Atelieregemeinschaften benötige, ähnlich in der Struktur, wie der Runde Tisch Liegenschaftspolitik.

Abschließend stellt sie die Frage in den Raum, auf welcher Grundlage die politischen Entscheidungsträger:innen des Landes Berlins ihre Entscheidungen treffen - für Berlin oder für die Berliner:innen?

2.2 Offene Diskussion



u.a. mit Christine Ellen (Basecamp Student GmbH), Marco Brauchmann (Stadtrat für Kultur, CDU Treptow-Köpenick), Albrecht Pyritz (Fachbereich Kultur und Museum in Treptow-Köpenick), Kathrin Simons (Senatsverwaltung für Kultur und Europa)

Beteiligung und Commitment von Politik und Verwaltung zu Dialogformaten

Auf Grundlage von Stefka Ammons Forderungen, dass die Thematik um bedrohte Räume nur in Zusammenarbeit mit Entscheidungsträger:innen aus dem Abgeordnetenhaus und der Verwaltung gelingen kann, startet die Debatte am Runden Tisch. Herr Brauchmann unterstreicht zunächst die Dringlichkeit der Beteiligung vom Land Berlin zur Entwicklung eines Dialogprozesses. Damit zielt er auf das Runder Tisch Format ab, welches vorher gefordert wurde und bittet die Verwaltung und Politiker:innen um Unterstützung. Ferner bestätigt er seine Erfahrungen rundum der Förderungslücke von Atelieregemeinschaften und berichtet von einem Gespräch dazu mit Staatssekretär Dr. Torsten Wöhlert.



Private als Problemlöser via Kooperative Baulandentwicklung für Gewerbeflächen

Als wichtige Ergänzung zur Debatte rundum der bedrohten Ateliergemeinschaften wurde Christine Ellen eingeladen. Als Vertreterin der Eigentümergesellschaft der Rathenau Hallen unterstreicht sie eingangs das bevorstehende B-Plan-Verfahren und die damit verbundenen Möglichkeiten für das Areal. Konkret bestätigt sie in diesem Kontext zum einen, dass zukünftig Atelierflächen im Bauvorhaben enthalten sind. Außerdem ist im B-Plan eine Öffnung des Areals u.a. zur Uferseite hin (Uferweg) und denkmalgerechte Sanierung vorgesehen.

Bernhard Kotowski bittet dennoch um eine Erläuterung, ob es eine planungsrechtliche Sicherung der Atelierflächen in diesem Rahmen gibt und unterstreicht damit die Unsicherheit über das Vorhaben der Entstehung von Atelierflächen. Steffen Blunk stellt sich als Hauptmieter vor, welcher die Xtro Ateliers an Künstler:innen aktuell untervermietet und Bedenken über die bevorstehenden Entwicklungen hat. Sein Wunsch ist es, durch einen Kauf des Gebäudes die Ateliergemeinschaft langfristig zu sichern und das Objekt dem Spekulationsmarkt zu entziehen. Denn die Bezahlbarkeit von Ateliers war etwas, was Berlin „sexy“ gemacht hat. Er erklärt, da diese Flächen rapide weniger werden, können nur noch die wohlhabenden Künstler:innen sich den Verbleib in der Stadt leisten. Die „Authentischen“ würden bereits seit Jahren aufgrund der hohen Preise abwandern.

Dr. Martin Schwegmann unterstreicht an diesem Punkt, dass man nicht nur über den Erhalt der einzelnen Ateliers sprechen sollte, sondern das Gesamtareal betrachten müsse. Ein Punkt, der auch von Christine Ellen unterstrichen wird, in dem sie sagt, dass für sie die Entwicklung eines solchen Areals nicht an der Grundstücksgrenze endet.

Abschließend verweist Enrico Schönberg darauf, dass bei der Diskussionsveranstaltung am 02.02.2023 im Kiezraum (Dragoner Areal), in Anwesenheit von Stefan Evers (CDU), Konsens darüber bestand, dass ein Stadtentwicklungsplan (StEP) Kultur erarbeitet werden soll und bittet darum, dass dies im Regierungshandeln berücksichtigt wird.

3. Errungenschaften und Nächste Schritte

3.1 AG Konzeptverfahren aus der Werkstatt Konzeptverfahren vom 09.11.2022

Input von Martin Dettlaff und Dr. Martin Schwegmann

Martin Schwegmann erläutert, dass ein zivilgesellschaftlicher Beirat im [Steuerungsausschuss](#) eine der Forderungen war, welche in der Werkstatt Konzeptverfahren (2019) erarbeitet wurden. Innerhalb der letzten zwei Jahre hatte sich die AG Konzeptverfahren demnach u.a. mit der Entwicklung einer derartigen Repräsentanz beschäftigt und Überlegungen zur Größe, Rolle und Qualifizierung der Mitglieder des Beirats getätigt. Die Forderung wurde mittlerweile seitens der Verwaltung bestätigt und bestimmt, dass diese via des Runden Tisches entsendet werden sollen. Herr Dr. Schwegmann stellt daraufhin die Beiratsmitglieder, welche zur Wahl zugelassen wurden, vor und bittet, zusammen mit Clemens Weise, die anwesenden Mitglieder des Runden Tisches Liegenschaftspolitik um eine Abstimmung. Diese endet mit dem Ergebnis von 15 Ja-Stimmen und bestätigt damit die folgenden Personen als Mitglieder des zivilgesellschaftlichen Beirats im Steuerungsausschuss Konzeptverfahren:

- Ulrike Damerau
- Ulrike Hamann
- Susanne Jahn



- Narges Lankarani
- Jürgen Zschornack
- Laura Margarete Bertelt (Vertreterin)

3.2 Politische Dimensionen von Mietenregister bis Liegenschaftskataster

Christoph Trautvetter erklärt in seinem Vortrag unterschiedliche Möglichkeiten von Katastern rundum Mieten und Liegenschaften in mehreren Dimensionen und berichtet zu ihrer Umsetzung. Während im Projekt „Wem gehört die Stadt“ sich vor allem mit den privaten Eigentümer:innen beschäftigt wird, fordere der Runde Tisch Liegenschaftspolitik unter anderem einen Kataster öffentlicher Liegenschaften. Christoph Trautvetter zur Folge, könne dieser sofort umgesetzt werden, indem das bestehende Kataster um Informationen ergänzt werden würde.

Er betont, dass in Deutschland Eigentümer:innen nicht zentral erfasst werden und es in sämtlichen Projekten, unter anderem in zwei Studien des BBSRs nicht gelungen wäre, diese zu erfassen. Die Justizministerien, sowie in Berlin die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen „säßen“ auf den Daten. Diese müssen aber nun bis zum 31. Juli 2023 an das Bundesfinanzministerium übermittelt werden. Aus allen Bundesländern würden Daten gesammelt und mit den Eigentümerdaten und mit dem Transparenzregister verknüpft werden, sodass es bekannt werden würde, wer hinter welchem Unternehmen steckt – ein großer Schritt in der Datenerfassung. Diese Daten lägen in Berlin ebenfalls vor und könnten „schon morgen“ genutzt und mit Daten zur Unternehmenseigentümern verknüpft werden.

Außerdem wäre eine der Dimensionen die eindeutige Identifikation von Wohnung. Wie von anderen Ländern vorgemacht, bekäme jede Wohnung eine ID. Dies sei aufwendig, da hierfür Gebäude vermessen werden müssten, um die Anzahl, Größe, sowie andere notwendige oder gewünschte Daten über die Wohnungen zu erhalten. Zudem müsse die Zuordnungen von Identifikationsnummern durchgeführt werden. Dies soll bis zum Zensus 2031 bundesweit passieren, damit eine automatische Gebäude- und Wohnungszählung durchgeführt werden kann.

Das Mietenregister stelle unterschiedliche Erwartungen dar. Zu einem könne die Miethöhe erfasst werden, um den Mietspiegel zu ermitteln. Das erfordere viel Arbeit. Diese müsse aber nicht von der Senatsverwaltung durchgeführt werden. Wie bereits in anderen Ländern, können Vermieter dazu verpflichtet werden, diese Informationen an die Stadt melden zu müssen. Auch die Rendite könne ausgewertet werden.

Im Anschluss äußert sich Dirk Stettner hierzu und teilt mit, dass unterschiedliche Register in den Koalitionsverhandlungen lange diskutiert wurden – was wäre kurzfristig machbar. Die Verwaltung und Politik müsse wissen, wem welche Liegenschaft gehört, allein schon aus der „Geisterhausdiskussion“ und um den Bezirksämtern effiziente Abläufe zu ermöglichen. Der digitale Zwilling solle an das Transparenzregister, nach dem Hamburger Vorbild, anknüpfen. Mit den Maßnahmen soll ein vernünftiger Mietspiegel erreicht werden. Jedoch sei der Aufwand groß.

4. Zusammenfassung der Forderungen

Lennart Siebert stellt eine kurze Zusammenfassung der Forderungen vor. Dabei hat er die wichtigsten Forderungen in die folgenden Kategorien geclustert:

- Kooperation als Weiterentwicklung von Beteiligung
- Kooperation als Ressourcenfrage
- Beteiligung und Commitment von Politik und Verwaltung zu Dialogformaten
- Private als Problemlöser via kooperative Baulandentwicklung für Gewerbeflächen



- Durchführung einer Werkstatt „Liegenschaftskataster“

Eine detaillierte Übersicht zu den einzelnen Forderungen finden Sie oben im Dokument.

Verabschiedung und Ausblick

Andreas Krüger & Johanna Sonnenberg bedanken sich bei den Teilnehmer:innen und Zuschauer:innen. Dabei rekapituliert Andreas Krüger die Nähe von Kooperation und neuer Liegenschaftspolitik und schlägt vor, den Namen des Runden Tisches Liegenschaftspolitik um „und kooperative Stadtentwicklung“ zu ergänzen. Dazu soll alsbald entschieden werden. Abschließend geben die beiden Moderator:innen einen kurzen Ausblick auf die Termine des nächsten Jahres und bedanken sich für die Teilnahme und die Gastgeberschaft des Abgeordnetenhauses.

Nächste Termine Runder Tisch Liegenschaftspolitik 2023

- Freitag, 15.09.2023
- Freitag, 13.10.2023



Anwesende (vor Ort, u.a.)

Albrecht	Pyritz	Bezirksamt Treptow-Köpenick, Fachbereich Kultur und Museum
Andreas	Barz	Bündnis junger Genossenschaften
Carola	Rönneburg	Initiativenforum Stadtpolitik
Christine	Ellen	Basecamp Student GmbH, Head of Project Rathenow Hallen
Christoph	Trautvetter	Netzwerk Steuergerechtigkeit
Dirk	Stettner	MdA (CDU), Sprecher für Bauen und Wohnen
Fabian	Steinecke	Initiativenforum Stadtpolitik
Florian	Köhl	AG Konzeptverfahren
Julian	Schwarze	MdA (Die Grünen), Sprecher für Stadtentwicklung, Tourismus & Clubkultur
Kathrin	Simons	Senatsverwaltung für Kultur und Europa
Katrin	Schmidberger	MdA (Die Grünen), Sprecherin für Wohnen und Mieten/ Haushaltspolitik
Kristin	Lazarova	Netzwerkstelle Urbane Praxis e. V.
Laura	Bruns	stadtstattstrand/ Koop.Stadt Bundespreis
Lisa	Vollmer	Bauhaus-Uni Weimar
Marco	Brauchmann	Stadtrat Treptow-Köpenick, CDU
Martin	Schwegmann	AG Konzeptverfahren
Martin	Dettlaff	Senatsverwaltung für Finanzen
Mathias	Schulz	MdA (SPD), Sprecher für Stadtentwicklung, Queers und Brandenburg
Niklas	Schenker	MdA (Die Linke), Sprecher für Mieten, Wohnen, ..., Clubkultur
Sebastian	Beck	vhw e.V.
Steffen	Blunk	XTRO Ateliers
Stefka	Ammon	XTRO Ateliers/ NWAGTK
Ulrike	Hamann	BMV e. V.